

<http://www.derwesten.de/waz/wirtschaft/Schlecker-Loehne-im-Visier-der-Politik-id2374043.html>**Leiharbeit****Schlecker-Löhne im Visier der Politik**Kommentare: [8](#) [Trackback-URL](#)

Wirtschaft, 11.01.2010, Ulf Meinke



Essen. Die Drogeriemarktkette Schlecker steht wegen ihres Einsatzes von Leiharbeitskräften heftig in der Kritik. Der Fall hat eine neue Debatte über die Zeitarbeitsbranche ausgelöst. „Schlecker ist kein Einzelfall“, sagt der nordrhein-westfälische DGB-Chef Schneider und fordert Konsequenzen.

Die Drogeriemarktkette Schlecker hat über die Parteigrenzen hinweg Empörung ausgelöst. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) schaltete sich ein, ihr NRW-Amtskollege Karl-Josef Laumann prangerte das Verhalten der Unternehmensführung in einem Brief an die Schlecker-Belegschaft an. Arbeitsmarktexperten von SPD und FDP sowie Gewerkschafter forderten generell neue Regeln, um zu verhindern, dass durch Leiharbeit Lohndumping möglich wird.

Wer den nordrhein-westfälischen DGB-Vorsitzenden Guntram Schneider auf den Fall Schlecker anspricht, erhält eine verblüffende Antwort. Wie die Drogeriekette vorgehe, sei fast schon an der Tagesordnung, sagte er im Gespräch mit der WAZ-Gruppe. „Schlecker ist kein Einzelfall.“ Auch in Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie oder im Maschinenbau gebe es Betriebe, die eigene Leiharbeitsfirmen gründen, um ihre Stammebelegschaften zu ersetzen. Vom Einkommen bis zu den Arbeitsbedingungen würden die Leiharbeiter schlechter behandelt.

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung sind in Deutschland nur noch sechs von zehn Arbeitnehmern unbefristet und in Vollzeit beschäftigt. „Wir erleben seit Jahren den schleichenden Prozess, dass Stammebelegschaften durch Leiharbeitnehmer ersetzt werden“, kritisierte Schneider. Er spricht von einem „sozialen Skandal“.

Der Fall Schlecker beschäftigt die Gewerkschaft Verdi schon seit geraumer Zeit. Verdi wirft Schlecker vor, kleinere Filialen zu schließen, Angestellten zu kündigen und für neu eröffnete so genannte XL-Märkte Personal fast ausschließlich über eine Leiharbeitsfirma namens Meniar („Menschen in Arbeit“) zu schlechteren Bedingungen einzustellen. „Hier wird auf unanständige Art und Weise Tariffucht betrieben und Lohndumping praktiziert“, sagte Verdi-Experte Achim Neumann. Anstelle des im Einzelhandel geltenden Tariflohns von 12,70 Euro erhielten die neu Eingestellten in der Regel nur 6,78 Euro, so Verdi. Allein im vergangenen Jahr seien 1000 kleinere Schlecker-Filialen geschlossen und im gleichen Zeitraum bis zu 300 XL-Märkte eröffnet worden.

Schlecker zieht Konsequenzen

Das Unternehmen weist den Vorwurf, Lohndumping zu betreiben, zurück. Die Arbeitsbedingungen in den XL-Märkten würden sich „im Rahmen des allgemein Üblichen“ bewegen. Der Stundenlohn liege „in vielen Fällen bei bis zu 13 Euro und mehr“. Gleichwohl zog Schlecker am Montagabend erste Konsequenzen: Man wolle künftig darauf verzichten, „Arbeitnehmerüberlassungsverträge mit der Firma Meniar abzuschließen“.

Es war die frühere rot-grüne Bundesregierung, die liberalere Regeln für Zeitarbeiter eingeführt hatte. Der DGB fordert nun eine Reform dieser Reform. Künftig müsse wieder das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gelten, sagte Schneider.